

A1 BTW Programmentwurf

Gremium: BAG Energie

Beschlussdatum: 19.03.2021

Antragstext

1 LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

2 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
3 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses
4 Jahrzehnts konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation
5 einläuten, können wir die Krise noch stemmen. Klimaneutralität ist dabei eine
6 große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen
7 klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

8 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben und Dürren die
9 Vorboten der Krise gespürt. Sie haben dramatische Konsequenzen: etwa für die
10 Gesundheit der Menschen – und es sind vor allem die mit den geringsten
11 Einkommen, die den Preis dafür zahlen, dass der ökologische Fußabdruck der
12 Reichsten am größten ist. Oder für die Bäuerinnen und Bauern, denen zunehmend
13 die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.
14 Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht umsteuern. Je
15 entschlossener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir
16 für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur
17 Klimaneutralität gehen.

18 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung
19 das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller
20 Ministerien danach aus. Wir lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den
21 Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Klimaschutz ist eine Frage
22 des politischen Kanons. Wir begreifen es als unsere Aufgabe, bessere Regeln zu
23 schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare politische Ordnungsrahmen
24 entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

25 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft
26 Halt in der Zukunft. Wir bringen Energie, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen
27 und sorgen so für eine effiziente Verzahnung dieser Bereiche. Statt auf Kohle,
28 Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie
29 basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine
30 neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt Ölheizungen werden
31 Wärmepumpen, Power-to-Heat und Strom aus erneuerbaren Energien die Heizquellen
32 der Zukunft. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder. Weniger
33 Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und
34 saubere Luft dienen besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen
35 Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und umweltfreundlichen
36 Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbusse oder Carsharing, erleichtern zu pendeln
37 und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

38 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue
39 Industriezweige, neue Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln,
40 einige völlig neu entstehen, wieder andere verschwinden. Für viele Menschen ist
41 das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die sozial-ökologische
42 Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu

43 verringern und Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder
44 Weiterbildung brauchen, sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge
45 dafür zu tragen, dass die Kosten und Belastungen dieser Veränderung gerecht
46 verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand bedeutet Ökologie und Soziales
47 zusammenzudenken und den Übergang gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt
48 und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für den Stahlarbeiter.

49 Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen, wenn wir auch die zweite große
50 ökologi- sche Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als
51 einer Kurskorrektur, dann brauchen wir einen neuen Kurs. Wir machen die
52 planetaren Grenzen zum Leitprinzip unse- rer Politik und verändern entsprechend
53 die Wirtschaftsweise. Wir setzen Prioritäten. Von jetzt an wird belohnt und
54 gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstöre- risch
55 wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und Schritt für Schritt überwunden
56 werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden,
57 der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschaftssystems machen,
58 kann es gelingen, die Stabilität der Öko- systeme und unserer Lebensgrundlagen
59 zu gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches
60 Zusammenleben.

61 Wir schaffen klimagerechten Wohlstand

62 Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität

63 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität:
64 Städte mit weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu
65 Fuß zu gehen, zu spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an
66 den öffentlichen Nahverkehr. Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die
67 Schönheit der Natur entdecken können. Ge- sundes Essen, hergestellt unter
68 Wahrung von Tier- und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel mehr als reine
69 Technik, er ist der Weg in eine bessere Zukunft. Überall in Deutschland haben
70 sich Kommunen, Unternehmen, Initiativen und Bewegungen längst auf diesen Weg
71 begeben. Sie brauchen endlich Rückenwind von der Politik. Wir wollen Kommunen
72 befähigen, bei sich die Mobilitätswende voranzubringen. Die Bahn und den ÖPNV
73 machen wir fit für dieses Jahr- hundert. Wir sorgen für den Erhalt unserer
74 wertvollen Wälder, Moore und Flüsse. Und wir be- gründen einen
75 Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Landwirt*innen und Verbraucher*innen.

76 Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften

77 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom,
78 auch das Benzin in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Öl für die
79 Heizung und das Gas im Industrie- betrieb müssen auf erneuerbare Energien
80 umgestellt werden. Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu
81 braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuer- baren.
82 Daran hängt die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere
83 Versorgungssicherheit. Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform wollen
84 wir dafür sorgen, dass die Sekto- renkoppelung vorankommt und Strom zu
85 verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vor- handen ist. Das
86 Energiemarktdesign ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger aus-
87 gebremst und doppelt belastet wird, sondern für Speicher und die Produktion von
88 Wärme oder Wasserstoff nutzbar gemacht wird – nach dem Prinzip „nutzen statt
89 abschalten“. Verteilnetze und Verbraucher*innen stattdessen wir mit intelligenter

90 Technik aus, damit sie flexibel reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer
91 Strom produziert wird.

92 Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft

93 Wir müssen unsere Wirtschaft auf die Ziele der Klimaneutralität ausrichten und
94 eine Kreislauf- wirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der
95 Corona-Krise und die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu
96 braucht es eine sozial-ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir
97 wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenz- werten, CO2-Reduktionszielen
98 und Produktstandards der deutschen und europäischen Wirtschaft
99 Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen. Faire Preise
100 sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und Innovationen
101 für klimagerechtes Wirt- schaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche
102 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und
103 Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zum Spitzenreiter bei den
104 modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

105 Grüne Digitalisierung

106 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung
107 regenerativer Energie oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen
108 und datengetriebenen Innovatio- nen können wir den Energie- und
109 Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei Zukunfts- technologien führend
110 werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale Anwendungen und Lösungen,
111 die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger sind als ana-
112 loge. Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.
113 Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst
114 ökologisch nachhaltige Technolo- gien vorrangig zum Einsatz kommen. Bei IT-
115 Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit,
116 Folgebeschaffung, technische Offenheit, Reparaturfähigkeit und Nach- haltigkeit
117 zwingend in die Bewertungen einfließen und Zertifizierungen wie der Blaue Engel
118 für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle Rechen- und Datencenter des
119 Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben und
120 zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen.

121 Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen

122 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft
123 sind die beste Chance, um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten
124 und neue zu schaffen. Die ökologische Modernisierung stärkt die
125 Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen und kann zur einer Renaissance von
126 Industriearbeitsplätzen führen. Auf dem Weg zur Klima- neutralität werden in den
127 kommenden Jahren Hunderttausende neue Jobs entstehen – Green Jobs. Sie entstehen
128 im Handwerk und der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der
129 Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der
130 Wasserstoffindustrie sowie in neu- en Dienstleistungsfeldern. Unser Anspruch
131 ist, dass die neuen Jobs gut bezahlt und tarifver- traglich organisiert sind
132 sowie der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen. Darauf werden wir auch bei
133 der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

134 Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld

135 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf
136 dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade

137 auch dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren
138 gehen. Es braucht in der ökologischen Transformation ein noch viel besseres
139 Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu wollen wir ein Recht auf
140 Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für Erwerbstätige
141 in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem
142 Qualifizierungs-Kurz- arbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der
143 Transformation ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu
144 qualifizieren. Die Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die
145 Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die betriebliche Mitbestimmung bei
146 Entscheidungs- gen über die ökologische Transformation stärken. Unternehmen,
147 Gewerkschaften und Betriebs- räte wissen gemeinsam am besten, wie die
148 Transformation zu gestalten ist.

149 Transformationsfonds für die Regionen

150 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte
151 Regionen eine große Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort
152 ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir
153 regionale Transformationsfonds auflegen. Die Förderung richtet sich an
154 Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel nicht
155 bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und
156 dort bleiben wollen. Regionale Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und
157 Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo
158 die Region sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig
159 wollen wir neue Formate wie Reallabo- re und Experimentierräume fördern, in
160 denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an
161 Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und forschen.

162 Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen

163 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der
164 Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes
165 Zehntelgrad zählt, um das Über- schreiten von relevanten Kipppunkten im
166 Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu
167 kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten
168 Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren Energien,
169 der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum
170 voran. Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in
171 allen Sektoren sofort wirksame Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse
172 beseitigt, naheliegende Einsparmöglich- keiten umsetzt. Wir werden das
173 ungenügende Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan überarbeiten und – im
174 Einklang mit dem höheren neuen europäischen Klimaziel – das deutsche Klimaziel
175 2030 auf -70 Prozent anheben. Nur so kann es gelingen, dass wir Europäer*innen
176 deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.

177 Klimagerechtes Wirtschaften belohnen

178 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Da
179 derzeit die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen,
180 nur sehr gering eingepreist werden, sind klimafreundlichere Alternativen oftmals
181 noch nicht wettbewerbsfähig. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO₂-
182 Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungs- recht ändern. Wollte man die
183 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste der Preis 180
184 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen wür-

de. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument von vielen, das wir wirksam und sozial gerecht einsetzen wollen. Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduzierung von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich Strom und Industrie, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energie statt Kohlestrom zum Einsatz kommt. Sollte das auf europäischer Ebene nicht schnell genug gelingen, setzen wir auf einen nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom. Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbessert werden muss. Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.

201 Energiegeld einführen

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen CO₂-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung zu unterstützen, legen wir einen Fonds für Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto.

215 CO₂-Bremse für alle Gesetze

Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des Pariser Klimavertrages wollen wir im Grundgesetz verankern und dem Staat mehr Möglichkeiten geben, durch eine intelligente Steuergesetzgebung klimaschonendes Verhalten zu belohnen und die fossilen Energieträger den wahren Preis zahlen zu lassen. Für Genehmigungsprozesse führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremse machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen.

224 Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren

225 Schneller raus aus der Kohle

Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Um nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das ist am sinnvollsten über den EU-Emissionshandel zu regeln – mit einem

lenkenden CO₂-Preis, der dem neuen EU-Klimaziel entspricht. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien. Zugleich wollen wir für den Gesundheitsschutz die Grenzwerte für Immissionen, insbesondere Quecksilber, aus Großfeuerungsanlagen anheben. Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.

Auf jedes neue Dach eine Solaranlage

Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer können zu Kraftwerken werden – jedes Dach mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1 Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing- und Pachtmodelle können hier unterstützend wirken. Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen. Mit allen diesen Maßnahmen schaffen wir eine Verdoppelung der derzeitigen Photovoltaik-Zubaurate.

Photovoltaik in die Fläche bringen

Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir dabei vermeiden. Der Ausbau soll neben Autobahnen und Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen und auf Konversions- oder Bergbauflächen, erfolgen und nicht auf wertvollem Ackerland. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächen-Anlagen zu kleinen Biotopen werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig zudem ist die Möglichkeit, direkte langfristige Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei der Planung gilt es die Bürger*innen frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern

Auch beim Ausbau der Windkraft müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel ist ein jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035 erreichen. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren, Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung zu beschleunigen. In einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen, etwa über exzessive Mindestabstände zu Siedlungen, müssen der Vergangenheit angehören. Mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung, klaren Vorrang- bzw. Eigenschaftsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten sorgen wir für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche Standortwahl und stärken den Populationsschutz bei Vögeln. Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungstärkere ersetzt werden können. Wir bauen unsere

280 Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie in der Europäischen Energieunion mit
281 den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der Wasserkraft Skandinaviens und der
282 Alpen. Je ver- netzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für die Energiewende
283 eine gute Größe.

284 Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen

285 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile
286 Infrastruktur nicht einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt
287 werden darf. Die Planung unserer Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff
288 braucht daher ein Update und muss Klimaneutralität in den Mit- telpunkt stellen.
289 Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brau-
290 chen, darf es deshalb nur geben, wenn sie bereits Wasserstoff-ready geplant und
291 gebaut werden. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff,
292 insbesondere wenn man die zusätzlichen Emissionen bei seiner Förderung und dem
293 Transport mit einrechnet. Öffentliche Gelder für neue Import-Infrastruktur
294 wollen wir daran binden, dass die fossilen Energieträger darüber nur noch in
295 einem begrenzten Zeitrahmen transportiert werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord
296 Stream 2 zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von klimaschädlichen
297 Ressourcen und konterkarie- ren die Energiewende. Sie sollten daher – im
298 konkreten Fall von Nord Stream 2 – auch aus geo- politischen Gründen gestoppt
299 werden. Damit stärken wir unsere energiepolitische Souveränität.

300 Eine grüne Wasserstoffstrategie

301 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist zentral für eine klimaneutrale Welt.
302 Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff vorne, diese
303 Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen. Mit einer klaren Priorisierung und
304 einem umfassenden Förderprogramm wer- den wir die Kapazitäten zur
305 Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Die Infrastruktur für
306 Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Wir werden faire Kooperationen
307 mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen, um zusätzlich
308 Wasserstoff zu importieren. Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es
309 unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen
310 und sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren. Damit
311 Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren Energien
312 hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Die Vorstellung, alte
313 fossile Technologien wie Ver- brennungsmotoren mit Wasserstoff oder
314 synthetischen Kraftstoffen zu betreiben, ist bestenfalls eine Illusion,
315 schlimmstenfalls eine Verzögerungstaktik. Die Herstellung von Wasserstoff und
316 synthetischen Kraftstoffen ist extrem energieintensiv und teuer, die direkte
317 Nutzung von Strom durch Batterien oder Wärmepumpen viel effizienter. Es gilt
318 daher Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe dort zum Einsatz zu bringen, wo
319 sie wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie oder beim Flugverkehr.

320 Einen Markt für Ökostrom schaffen

321 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war
322 der Startschuss für die Energiewende in Deutschland. Doch jetzt, bei einem
323 Erneuerbaren-Anteil von fast 50 Pro- zent im Strombereich, brauchen wir ein
324 Energiemarktdesign, das Ökostrom in den Mittelpunkt rückt und zugleich die
325 Sektorenkopplung unterstützt. Unser Ziel ist, dass erneuerbarer Strom künftig
326 stärker marktgetrieben und systemdienlich vergütet wird. In einem ersten Schritt
327 werden wir dafür sorgen, dass auch außerhalb des EEG langfristige Lieferverträge

328 zwischen Ökostromerzeugern und Verbraucher*innen geschlossen werden können.
329 Zudem wollen wir den Ökostrommarkt für neue EEG-Anlagen öffnen, sodass
330 Endkund*innen deren Strom direkt kaufen können. In einem zweiten Schritt geht es
331 darum, nicht die Arbeit, sondern die zur Verfügung gestellte Leistung zu
332 entlohnen. Damit stärken wir Sektorenkopplung und Versorgungssicherheit. Wenn
333 bei fossilen Energien die CO₂-Kosten stärker eingepreist und neue Instrumente
334 etwa für Refinanzierung und Mietermodelle geschaffen sind, kann in einem
335 dritten Schritt die EEG-Umlage für Neuanlagen auslaufen.

336 Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen

337 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb
338 werden wir Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern
339 und die Kommunen verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen
340 beteiligen. Gerade der ländliche Raum kann so von den Gewinnen profitieren.
341 Bürger*innen-Energieprojekte wollen wir mit einer Ausnahmeregelung bei den
342 Ausschreibungen wieder stärken. Zudem wollen wir Mieterstrom fördern und
343 entbürokratisieren, damit Mieter*innen stärker die Möglichkeit bekommen, vom
344 Ausbau der Erneuerbaren zu profitieren.

345 Netzausbau beschleunigen

346 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die
347 Stromleitungen schneller ausbauen. Sie sorgen dafür, dass der Strom von dort, wo
348 er erzeugt wird, so schnell wie möglich dorthin gelangt, wo er benötigt wird.
349 Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt
350 und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal
351 auszunutzen. Zentral ist eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht
352 die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu bei, dass potenzielle
353 Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor Gericht
354 geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
355 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und zugleich kritische Infrastruktur
356 darstellen, wollen wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir
357 nach Möglichkeit die staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetrei-
358 bern in Deutschland erhöhen und sie in eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand
359 überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der Netzentgelte voran, um über
360 einheitliche Verteilnetzentgelte zu mehr Fairness zwischen Stadt und Land und
361 Nord und Süd beizutragen.

362 Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden

363 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral
364 erfolgen. Dreh- und Angelpunkt sind hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, was
365 in etwa dem Passivhausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung
366 KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude. Die Sanierungsquote muss
367 deutlich gesteigert werden. Für den Bestand muss gelten: Sobald ein
368 Eigentümerwechsel erfolgt, wird ein Sanierungsfahrplan erstellt. Wenn im
369 Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird, sollen
370 Erneuerbare, wo immer möglich, verbindlich zum Einsatz kommen. Wir legen dazu
371 ein Investitionsprogramm für 2.000.000 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die
372 Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren. Dabei ist es für die
373 Energieeffizienz maßgeblich, von der Einzelbefeuerng weg und hin zu verknüpften
374 Systemen zu kommen, in denen aus verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie
375 Abwärme, Solarthermie oder Power-to-Heat Wärme eingespeist wird. Solche

376 verbundene Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen
377 Gebieten.

378 Wärmewende fair gestalten

379 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung
380 einhergehen. Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für
381 klimafreundliche Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und
382 Mieter*innen verteilen, sodass sie für alle bezahlbar und für die
383 Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die Modernisierungsumlage
384 wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die Mieter*innen
385 abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem Klimawohngeld,
386 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen
387 Wohnungen zu leben. Eigenheimbesitzer*innen werden wir mit Steuervergünstigungen
388 und zielgerichteten Förderprogrammen helfen.

389 Atomausstieg vollenden – Endlagersuche zum Erfolg führen

390 Wir werden Ende 2022 den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl
391 Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran
392 angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist es,
393 die Atomfabriken in Gronau und Lingen durch eine restriktivere Exportpolitik
394 stark einzuschränken und perspektivisch zu schließen. Zum Atomausstieg gehört
395 auch, einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Atommüll zu finden. Wir
396 bekennten uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche. Entscheidend für den
397 Endlagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen
398 geologischen Bedingungen und Rückholbarkeit; die Suche hat auf Basis von
399 wissenschaftlichen Kriterien und mit größtmöglicher Transparenz und
400 Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen. Auch in der EU wollen wir den Einstieg
401 in den Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, den Euratom-Vertrag zu
402 reformieren. Gemeinsam mit anderen engagierten Mitgliedstaaten wollen wir dafür
403 sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft privilegiert wird, sondern die
404 erneuerbaren Energien stärker gefördert werden.

405 Wir sorgen für nachhaltige Mobilität

406 Investitionen für starke Bahnen in Stadt und Land

407 Die Bahn ist ein öffentliches, soziales Gut und das Rückgrat einer nachhaltigen
408 Mobilitätswende. Wir wollen den Bahnverkehr ausbauen, alle deutschen Großstädte
409 mit regelmäßigen Verbindungen an den Fernverkehr anschließen und in ländlichen
410 Räumen in größerem Umfang Anschlüsse an das Schienennetz reaktivieren.
411 Entwidmung von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Auch den grenzüberschreitenden
412 Zugverkehr gilt es im Rahmen eines Europatakts deutlich zu stärken, ein attraktives
413 europäisches Schnell- und Nachtzugnetz aufzubauen und die Lücken in regionalen,
414 grenzüberschreitenden Nahverkehrsverbindungen zu schließen. Bahnhöfe wollen wir zu
415 modernen Mobilitätsstationen aufwerten und die Kombination von Fahrrad und öffentlichem
416 Verkehr stark verbessern. Die Investitionsmittel für die Bahn werden wir dafür massiv anheben. Den
417 Deutschen Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen, die Strukturen für
418 mehr Schienenverkehr neu ordnen und in neuer staatlicher Verantwortung am
419 Gemeinwohl ausrichten. Der Bund muss zudem mehr Verantwortung für das
420 Schienennetz und die Koordinierung des Zugverkehrs im Deutschlandtakt übernehmen.

422 men. Wir setzen auf ein Wachstum der Schiene und sichere Arbeitsplätze im
423 Bahnbereich.

424 ÖPNV ausbauen

425 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern
426 den Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu
427 muss der öffentliche Personennahverkehr attraktiver und innovativer und mit dem
428 Fernverkehr verknüpft werden. Zusammen mit den Ländern werden wir eine
429 Zukunfts- und Ausbauoffensive starten, Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-
430 Netz erhöhen, die Mittel für den Betrieb von Regionalbahnen ausweiten und die
431 Finanzierungsinstrumente an das Ausbauziel anpassen. Auch die Beschaffung von
432 emissionsfreien Bussen wollen wir durch attraktive Konditionen für die Kommunen
433 vorantreiben. In Modellprojekten sind Kommunen dabei zu unterstützen, auf einen
434 umlagefinanzierten preiswerten ÖPNV umzusteigen.

435 Fahrradnetz für ganz Deutschland

436 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Um es auszuschöpfen,
437 wollen wir Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und
438 attraktiv sein – überall. Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen
439 von Dorf zu Dorf wie auch touristische Radwege sollen sich durch hohe Qualität
440 und eine gute Beschilderung auszeichnen. Unsere Vision ist ein lückenloses
441 Fahrradnetz in ganz Deutschland. Wir richten die Verkehrspolitik an den Zielen
442 und Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans aus, erhöhen die Förderpro-
443 gramme für Ausbau und Modernisierung der Radinfrastruktur und reformieren das
444 Straßenverkehrsrecht, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und mehr
445 Platz im Straßenraum bekommen.

446 Mobilpass einführen

447 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der
448 digitale Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend
449 verändern. Wir wollen die deutsche Mobilitätswirtschaft zum Vorreiter für neue
450 Mobilitätslösungen machen und die Chancen der Digitalisierung für eine
451 Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem
452 müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von A nach B kommt,
453 wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und Tarifverbünden
454 in Deutschland verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so integrieren,
455 dass Sozial- und Umwelt-Dumping ausgeschlossen sind. Wir wollen den Wechsel zu
456 Fahrrad, Bus und Bahn für alle möglich machen und auch finanziell fördern.
457 Deshalb wollen wir mit dem Mobilpass auch attraktive Tarife und Sozialtarife
458 fördern. Ein Haushalt, der sein Auto dauerhaft abmeldet, soll zudem für ein
459 Jahr eine Mobilitätsprämie für die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel
460 bekommen. Für autonomes Fahren schaffen wir einen Rechtsrahmen mit Schwerpunkt
461 auf dem öffentlichen Verkehr.

462 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

463 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt
464 ihre Ziele erreichen können. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad steigen, öfter
465 zu Fuß gehen – sei es zur nächsten Haltestelle oder S-Bahn-Station – und auf
466 diese Weise Städte vom Autoverkehr entlasten, sind zeitgemäße Verkehrsregeln,
467 die folgeschwere Verkehrsunfälle verhindern, entscheidend. Unser Ziel ist die
468 Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Wir

469 wollen Kommunen ermöglichen, in geschlossenen Ortschaften das Regel- Ausnahme-
470 Verhältnis beim Tempolimit umzukehren. Für die Autobahnen wollen wir ein Si-
471 cherheitstempo von 130 Stundenkilometern. Um die vielen Unfälle von
472 Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen in Innenstädten durch abbiegende
473 Schwerlasttransporter zu verhindern, wollen wir verpflichtende Vorgaben für Lkw-
474 Abbiegeassistenzsysteme einführen.

475 Autos der Zukunft bauen

476 Das Auto der Zukunft wird im Sinne der Lebensqualität aller leiser, digitaler
477 und klimaneutral sein. Der technologische Wettlauf ist in vollem Gange. Damit
478 das Auto der Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird,
479 braucht es klare politische Leitplanken. Ab 2030 sollen deshalb nur noch
480 emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende
481 nationale Quote für emissionsfreie Autos. So sorgen wir für saubere Luft in In-
482 nenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die Automobilindustrie
483 kann ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Das
484 sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns
485 für schärfere europäische CO₂-Flot- tengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsfreier
486 Autos wollen wir über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer fördern. Saubere
487 Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Wir beenden die Dieselsubvention
488 und gestalten die Dienstwagenbesteuerung ökologisch um. Wir beschleu- nigen den
489 flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive
490 Schnell- ladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im ländlichen Raum. Laden muss
491 flächendeckend in Deutschland und Europa schnell und bequem möglich sein.

492 Moderne Verkehrsinfrastruktur

493 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr
494 gefördert. Sie reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch
495 tagtäglich zu Staus. Das hat keine Zu- kunft – moderne Mobilität für dieses
496 Jahrhundert verlangt neue Prioritäten. Deutschland braucht eine
497 Infrastrukturentwicklung, die an den Zielen der Mobilität für alle und an
498 Klimaneutralität ausgerichtet ist und den Fokus auf den Ausbau von Schienen,
499 Radwegen und auf eine intelligen- te Vernetzung umweltfreundlicher
500 Verkehrsmittel legt. Auch die Vermeidung von Verkehr, unter anderem durch
501 bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr der Nahversorgung in Orte
502 und Stadtviertel, werden wir unterstützen. Wir werden einen Bundesnetzplan 2050
503 er- arbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene und
504 Wasserstraßen im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird.
505 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir
506 nutzen, um nicht planfestgestellte Straßenneu- bauprojekte, insbesondere
507 Autobahnabschnitte, noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und mit einem
508 Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten. Die Investitionen werden wir umschichten
509 zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und
510 Radwege- infrastruktur.

511 Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie

512 Das Auto ist für viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und gerade für
513 viele Fa- milien im ländlichen Raum kaum wegzudenken. Dort setzen wir deshalb an
514 erster Stelle auf die Chancen der Antriebswende. Das E-Auto ist insbesondere im
515 Paket mit Solaranlagen auf dem Dach, einem Stromspeicher im Keller und einer
516 Wallbox in der Garage eine zukunfts- fähige Lösung, die wir gerade im ländlichen

517 Raum ausbauen wollen. Doch auch auf dem Land muss Mobilität ohne Auto möglich
518 sein, das Angebot muss wachsen, gerade für Pendler*innen, Jugendliche und ältere
519 Menschen. Wir wollen die Länder dabei unterstützen, eine Mobilitäts- garantie
520 mit Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einzuführen, erweiterte
521 Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen zu entwickeln und
522 Radwege auszubauen. Gerade in strukturschwachen Regionen braucht es eine
523 regelmäßige und verlässliche Anbindung an den ÖPNV, an
524 Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre sowie
525 öffentliche Stromtankstellen.

526 Mobilitätswende in der Stadt

527 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten:
528 Unfälle, Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen – die
529 autozentrierte Stadt ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort
530 zum Leben. Wir wollen die Städte bei der Mobilitätswende gezielt unterstützen,
531 es ihnen erleichtern, sichere Radwege und attraktive Fußwege anzulegen und
532 verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und Stadtviertel zu schaffen. Die
533 Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den Autoverkehr
534 einzugreifen und öffentlichen Raum neu aufzuteilen, zum Beispiel indem Autos
535 nicht mehr überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen.
536 Die Ausweitung von umweltfreundlichem Carsharing werden wir fördern, damit der
537 Pkw-Bestand in den Städten abnimmt.

538 Flugverkehr klimaneutral ausrichten

539 Fliegen hat unsere Welt näher zusammengebracht. Zugleich ist es wegen seines
540 immensen Kerosinverbrauchs die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Nach der
541 Pandemie wollen wir kein Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs, sondern
542 diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir
543 bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn massiv ausbauen. Die Zahl von
544 Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Fliegen gleichzeitig zu
545 dekarbonisieren. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen
546 wir die bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Anstiegspfad
547 festschreiben. Den Aufbau von Produktionsanlagen und moderner
548 Flugzeugtechnologie fördern wir. Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr
549 sind abzubauen und Finanzhilfen für unwirtschaftliche Regionalflughäfen zu
550 beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch weniger und bessere Flugzeuge
551 braucht es ein echtes Nachtflugverbot.

552 Zukunftsfähiger Güterverkehr

553 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert,
554 heute zumeist in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem
555 klimaneutralen Deutschland muss auch der Güterverkehr zukunftsfähig sein. Wir
556 setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe, die Chancen der Digitalisierung und
557 Vernetzung bei der Organisation der Logistik und wollen mehr Güter mit der Bahn
558 transportieren. Dazu wollen wir die Kombination von Straße und Schiene
559 ertüchtigen und dafür sorgen, dass Industrie und Gewerbe wieder ans Bahnnetz
560 angeschlossen werden. In der Schifffahrt heißt es: weg vom Schweröl und
561 stattdessen den Einsatz alternativer Kraftstoffe und Antriebe forcieren. Den
562 ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO₂-orientierte Maut regulieren.
563 Zusammen mit ambitionierten CO₂-Flottengrenzwerten und der Förderung
564 klimafreundlicher Antriebe werden auch Lkw absehbar emissionsfrei. Für mehr

565 Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von
566 Arbeitszeitvor- schriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen
567 müssen erheblich verbessert werden. In der städtischen Logistik wollen wir den
568 Einsatz von Lastenrädern und neue Verteil- konzepte wie Cityhubs oder
569 Güterbeförderung auf Schienen fördern.

570 Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben

571 Artensterben stoppen

572 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken
573 müssen daher unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise
574 der Artenvielfalt zu über- winden und das massenhafte Artensterben zu beenden,
575 brauchen wir vor allem eine andere Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt beim
576 Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir hier ein Sofortprogramm Artenschutz
577 auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz verringern, den Einsatz von Glyphosat
578 untersagen, den Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flä- chen zur Bebauung
579 und die Entwässerung von moorigen Standorten im Bundesbesitz stoppen. Wir werden
580 Naturschutzkorridore schaffen, Natura-2000-Gebiete gemeinsam mit den Ländern
581 verteidigen und verbessern sowie Schutzgebiete, wo möglich, vergrößern bzw. neue
582 schaffen. 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen für
583 Klimaschutz durch Natur- schutzmaßnahmen eingesetzt werden. Mit einem
584 Wildnisfonds wollen wir dafür sorgen, dass sich auf mindestens 2 Prozent der
585 Landesfläche wieder echte Wildnis entwickeln kann. Um Na- tur zu retten, gilt es
586 bis 2030 den Flächenverbrauch zu halbieren. Bei neuer Straßenverkehrs-
587 infrastruktur sowie Siedlungs- und Industriegebieten muss mehr auf den
588 Naturschutz geachtet werden. Das werden wir bei Bundesinfrastrukturprojekten
589 umsetzen und zugleich Landes- und Kommunalverwaltungen dabei unterstützen, nicht
590 mehr benötigte versiegelte Flächen der Na- tur zurückzugeben oder im
591 Innenbereich zu verdichten.

592 Unseren Wald retten

593 Unser Wald ist durch die Klimakrise stark bedroht. Wir erleben heute schon ein
594 Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den 80er Jahren durch
595 den sauren Regen ent- standen sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile
596 Waldökosysteme sind widerstandsfä- higer als Monokulturen. Wir wollen
597 gesetzliche Mindeststandards für eine naturnahe Wald- bewirtschaftung festlegen
598 und den Umbau und die Wiederbewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben
599 unterstützen. Das dient auch dem ökonomischen Mehrwert. Die Bewirtschaftung von
600 Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien – im Wald nach FSC,
601 in der Landwirtschaft nach Ökolandbau zertifiziert – geknüpft werden. Wir wollen
602 5 Prozent unserer Wälder komplett aus der Nutzung nehmen. Dazu weisen wir
603 Naturwälder aus und machen sie zu Urwäldern von morgen. Weitere Dürrejahre
604 vergrößern die Waldbrandge- fahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir
605 eine bundesweite Präventions- und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

606 Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen

607 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch
608 global wei- ter voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der
609 Vereinten Nationen zum Er- halt der biologischen Vielfalt einsetzen. Es sollen
610 entsprechend der Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union mindestens 30
611 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meere ge- schützt werden, davon 10

612 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete mit strengen
613 Schutzvorgaben, nötig ist außerdem ein Entwaldungsstopp für die Schutzgebiete an
614 Land. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir in einem solchen
615 Abkommen als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik
616 sorgen. Insbesondere im Meeres- bereich verfolgen wir eine gemeinsame
617 internationale Meeresstrategie. Wir werden uns dafür einsetzen, den Schutz der
618 Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen, Vollzugsdefizite und Regellücken
619 zu schließen und damit den Schutz des Meeres in den Fokus zu rücken, damit
620 legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten und
621 Übernut- zung verhindert wird.

622 Flüsse und Moore schützen

623 Die Renaturierung von Flüssen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren –
624 all das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die Biodiversität, sondern
625 auch das Klima. Na- turnahe Bäche und die letzten frei fließenden Flüsse wie die
626 Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der Oder lehnen wir ab. Flüsse mit
627 weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind auch der beste Schutz gegen
628 Hochwasser. Daher werden wir die Aufgaben der Bundes wasserstraßenverwaltungen
629 stärker ökologisch ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe
630 Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und
631 die EU-Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz.
632 Daher wollen wir unsere Moore so schnell wie möglich wiedervernässen. Dazu legen
633 wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-
634 Renaturierungsprogramm auf. Wiederver- nässte Moore müssen zu einem Teil
635 Schutzgebiete werden, ein anderer Teil sollte nachhaltig genutzt werden. Daher
636 wollen wir Paludikultur stärken, also die landwirtschaftliche Nutzung von nassen
637 Hoch- und Niedermooren.

638 Sauberes Wasser ist Leben

639 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Nitrat, Waschmittelrückstände und
640 Medikamenten- reste, die Grundwasser, Seen und Flüsse belasten, gehören nicht
641 ins Abwasser. Deshalb wollen wir klare gesetzliche Vorgaben etwa zur
642 Flächenbindung der Tierhaltung und des Pestizid- einsatzes verankern. Ein
643 Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu einer fairen
644 Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Durch
645 eine Stärkung der Produktverantwortung von Herstellern und genaue Genehmigungs-
646 und Entsorgungsvorschriften für Medikamente können wir die Gefahren von
647 Arzneimittelrückstän- den im Wasser und Resistenzen von Keimen verringern.
648 Setzen wir das EU-Recht konsequent um, reduzieren wir den Eintrag von
649 hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik im Wasser. Den Vorrang der
650 öffentlichen Wasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es si-
651 cherzustellen, Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser
652 wollen wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen.

653 Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen

654 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich
655 durch wei- tere Versauerung, Überdüngung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu
656 verschlechtern. Um die Plastikmüllflut zu stoppen, wollen wir ein Sofortprogramm
657 mit verbindlichen Müllvermei- dungszielen auflegen. Wir wollen Technik und
658 Maschinen fördern, die eine Bergung der Mu- nitionsaltslasten in Nord- und Ostsee
659 ermöglichen. Um die Fischbestände zu stabilisieren und Fischer*innen eine

660 nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir eine regionale, umwelt- und
661 artenschonende Fischerei unterstützen und die Betriebe fördern, die Fangmengen
662 und Netz- längen reduzieren, die neue bzw. althergebrachte Fanggeräte erproben
663 oder einsetzen und sich für touristische Angebote öffnen. In
664 Meeresschutzgebieten regulieren wir die Schlepp- netz- und Stellnetzfisherei
665 sowie die touristische Nutzung. Aus den Erdölförderanlagen in der Nordsee treten
666 durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und auch durch die
667 Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der
668 Förderung fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen
669 Wirtschaftszone (AWZ) wollen wir einen sofortigen Stopp neuer Öl- und
670 Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende bis 2025. Auf europäischer und
671 internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und Gasförde- rung in
672 der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus dem Kies-
673 und Sandabbau vorantreiben. Für lebendige Weltmeere sind die Umsetzung der EU-
674 Meeresstrate- gie-Rahmenrichtlinie und verbindliche Abkommen über Fangquoten,
675 ein Ende der Fischerei- subventionen, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die
676 Ausweisung von großflächigen Mee- resschutzgebieten überlebensnotwendig.

677 Das Ende des Mülls

678 Der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren. To-go-Becher werden nur für
679 wenige Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente Handys und Tablets
680 verstauben in Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt werden
681 könnten. Unser Ziel ist Zero Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die
682 Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Dafür wollen wir das komplizierte
683 Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfand- automaten passen, den
684 To-go-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard. Auf euro- päischer Ebene
685 treten wir für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit Ressourcenschätze aus alten
686 Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir ein Pfand auf
687 Handys, Tablets und energieintensive Akkus. Das Verpackungsgesetz entwickeln wir
688 zu einem Wertstoffgesetz weiter, das Mehrwegquoten und Pfand auf alle Einweg-
689 Plastikflaschen vorsieht. Die Kreislauf- wirtschaft wird das neue Normal. Im
690 Kreislaufwirtschaftsgesetz räumen wir allen ökologisch vorteilhaften
691 Mehrwegprodukten Vorrang ein. Wir setzen uns für ein Verbot des Exports von
692 Plastikmüll in Länder außerhalb der EU ein.

693 Giftfreie Produkte im Alltag

694 Plastikrückstände befinden sich bereits in den Körpern von Kindern und
695 Jugendlichen. Die Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden
696 Chemikalien eine globale Gesund- heitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien,
697 die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder ungewollte Kinderlosigkeit auslösen
698 können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem wir das EU-Recht im
699 Chemikalienbereich schnell und konsequent umsetzen. Im Rahmen der
700 Chemikalienverordnung REACH wollen wir weitere Einschränkungen für gefährliche
701 Stoffe und werden entsprechende Vorschläge machen. Besonderes Augenmerk richten
702 wir auf Spiel- zeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie
703 Textilien, Möbel oder Elektronik. Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs
704 folgen und nachgewiesen giftige Chemikalien wie Bisphenol A in Kochgeschirr und
705 Lebensmittelverpackungen oder per- und polyfluorierte Kohlenwasserstoffe in
706 Papier und Pappe verbieten. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in einer
707 gesunden Umwelt leben können.

708 Saubere Luft zum Atmen

709 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus
710 Kohlekraftwerken oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach
711 Berechnung der Europäischen Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro
712 Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von Luftverschmutzung verursachte
713 Krankheiten. Um die Luft zu verbessern, bietet die ökologische Modernisierung
714 riesige Chancen. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir
715 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Minderungsziele für
716 Luftschadstoffe und die Grenzwert-Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation
717 schnellstmöglich umsetzen.

718 Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt

719 Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit
720 Hitzesommern, Waldsterben und Dürren längst auch in unserem Land spürbar und
721 treffen oft die am härtesten, die in schwierigeren Umständen leben. Während wir
722 um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich
723 an diese Veränderungen anpassen. Unsere Städte wollen wir besser gegen
724 Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung und Trinkbrunnen. Es
725 gilt unsere Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen und
726 speichern und im Sommer kühlend wirken. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss
727 Vorrang vor einer Privatnutzung haben. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere
728 Städte immer wichtigere Lebensräume. Wir wollen die Natur in der Stadt
729 ausweiten und dafür zum Beispiel die Lichtverschmutzung eindämmen, die sich
730 negativ auf Menschen und Tiere auswirkt.

731 Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

732 Landwirtschaft fit für die Zukunft machen

733 Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche
734 Erzeugung miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu
735 machen – das begreifen wir als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit
736 der Natur zusammen und mit einem Verständnis von Natur, das sich an
737 Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz verpflichtet sieht. Das
738 bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme, aber auch
739 faire Bezahlung von Landwirt*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Wir
740 werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst
741 ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und Tierrassen.
742 Digitale Anwendungen können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft
743 umwelt- und klimafreundlicher machen, müssen aber auch – zum Beispiel über
744 Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben offenstehen und bezahlbar sein. Den
745 Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür
746 schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller
747 umstellen. Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu
748 erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt, während Kleinbäuer*innen durch
749 europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die
750 Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein,
751 kleinbäuerliche Strukturen sollten gestärkt werden. Dafür unterstützen wir mit
752 unserer Agrar- und Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische
753 Agrarwende.

754 Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

755 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU sollte zu einem Instrument für eine
756 ökologische Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die
757 Industrialisierung der Landwirtschaft. Das muss der Ausgangspunkt für einen
758 Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen, Verbraucher*innen und Politik für
759 Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit die Milliarden an
760 öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und
761 Tierschutz eingesetzt werden. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
762 gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben, gilt es die nationalen
763 Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich zu nutzen. Dazu
764 gehören ein Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid-
765 und Antibiotika-Einsatzes bis 2030. Wir wollen das System der Direktzahlungen
766 schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaft-
767 liche Leistungen honoriert. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für die Hälfte der
768 Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

769 Pestizide reduzieren

770 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
771 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor
772 allem sind weniger Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der
773 Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit
774 unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten: durch eine systematische
775 Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders umwelttoxische Wirk-
776 stoffe und das besonders häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den Einsatz
777 von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um
778 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen
779 wir die Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und
780 Trinkwasserschutzgebieten untersagen. Die Landwirt*innen werden durch Gelder der
781 Pestizidabgabe dafür entschädigt. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden
782 beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und
783 Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die
784 Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel verbessern und so Transparenz und
785 Unabhängigkeit stärken sowie ein kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und
786 Beratungsprogramm für nicht synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

787 Vielfältiges Saatgut ohne Patente

788 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut.
789 Es ist nötig, die Zucht von robusten Sorten voranzutreiben. Angesichts der
790 Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir sowohl die Forschung für
791 ökologisches Saatgut stärken als auch neue Ansätze fördern. Gentechnikfreie
792 Produktion muss durch vorsorgeorientierte Zulassungsverfahren und
793 Kennzeichnungspflicht geschützt bleiben. Die Opt-out-Richtlinie der EU setzen
794 wir vollständig

795 in nationales Recht um. Die Risiko- und Nachweisforschung sowie innovative
796 Ansätze, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, werden
797 wir stärken. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine Patente auf
798 Pflanzen und Tiere sowie deren genetische Anlagen mehr gibt.

799 Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen

800 Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit
801 Hilfe des Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen.

802 Wir wollen Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen
803 gegen Bodenspekulation und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen. Dazu
804 gehört, dass wir die Flächen der bundeseigenen BVVG in eine Bundesstiftung
805 überführen, die die Flächen vorzugsweise an kleinere Betriebe statt an große
806 Investoren verpachtet. Auch in der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung müssen
807 faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz für
808 Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr Rechte für
809 die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften sind
810 notwendig.

811 Regionale Vermarktung stärken

812 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu
813 kaufen, beim Bäcker, in der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Wir
814 wollen die regionale Erzeugung und Vermarktung stärken und so dem
815 Betriebssterben der letzten Jahre entgegentreten. Wir unterstützen
816 Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale Einkaufs-Apps
817 und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen
818 Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Fördergelder sollen vorrangig den
819 kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen.
820 Forschung und Beratung zur Regionalvermarktung, innovative und partizipative
821 Ansätze wie solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

822 Lebensmittel retten

823 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in
824 Deutschland leicht zugänglich sein. Ernährungsbedingte Krankheiten aufgrund von
825 Fehlernährung wollen wir gezielt eindämmen. Kitas, Schulen, Krankenhäuser,
826 Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir dabei, mehr nachhaltiges,
827 gesundes und regionales Essen anzubieten. Gutes Essen scheitert allzu oft an
828 mangelndem Angebot und Transparenz. Um das zu ändern, wollen wir die
829 Ernährungsindustrie in die Pflicht nehmen. Wir brauchen verbindliche
830 Reduktionsstrategien für Zucker, Salz und Fett. Für Lebensmittelwerbung, die
831 sich an Kinder richtet, wollen wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der
832 Weltgesundheitsorganisation orientieren. Klimaschutz heißt auch, dass wir als
833 Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren werden.
834 Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle
835 Menschen machen. Pflanzliche Milchalternativen sollen steuerlich mit
836 Milchprodukten gleichgestellt und mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz
837 verkauft werden. Auch gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir vor. Wir
838 wollen mit einem Rettet-die-Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele
839 einführen, Lebensmittelhandel und -produzenten verpflichten, genusstaugliche
840 Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuerwerfen. Lebensmittel aus dem Müll zu
841 retten – das sogenannte Containern – muss entkriminalisiert werden.

842 Klare Lebensmittelkennzeichnung

843 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit
844 verständlichen Informationen über Zutaten, Herkunft und Herstellung wollen wir
845 für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden daher eine verpflichtende
846 Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch und andere tierische Produkte einführen.
847 Die Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir ausbauen und europaweit für alle
848 Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft
849 von Lebensmitteln verbessern. Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene

850 gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in Form eines
851 Hygienebarometers für alle erkennbar sein.

852 IN DIE ZUKUNFT WIRTSCHAFTEN

853 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland.
854 Grüne Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim
855 erneuerbaren Wasserstoff sind wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile
856 der deutschen Industrie ist das Pariser Klimaabkommen fester Bestandteil der
857 Planungen geworden, unternehmerische Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz
858 ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die Märkte der Zukunft klimaneutral sind.
859 Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den Unternehmen, den Köpfen
860 und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in die Zukunft zu
861 wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue Ideen und
862 Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative
863 Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher
864 Kooperation innovativ Probleme löst.

865 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck:
866 Unser Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem
867 Staatskapitalismus und weitgehend unregulierten Tech-Giganten behaupten. Die
868 Pandemie hat viele Wirtschaftszweige hart getroffen, einige Sektoren hatten
869 schon zuvor die Transformation verschlafen. Die Klimakrise und die Endlichkeit
870 von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser Verständnis von dem,
871 was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein blindes
872 Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist.
873 Wenn wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und
874 Finanzsystem neu eichen. Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in
875 Europa begründen, die Wohlstand und Wachstum mit Nachhaltigkeit und
876 Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist Ausgangspunkt für eine
877 neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, Lebensqualität
878 sichert und uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten
879 Wohlstand schaffen kann.

880 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich
881 steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die
882 Wirtschaft klare Verhältnisse, verlässliche politische Rahmenbedingungen und
883 Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen Planungssicherheit und wissen,
884 dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

885 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig
886 und sozial gestalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die
887 wir für die Transformation brauchen. Damit das gelingt, stellen wir die
888 Weichen konsequent auf Klimaneutralität und ermöglichen der Wirtschaft neue
889 Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen Anreize, streichen
890 umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, um
891 nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum
892 eine Richtung und bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende
893 Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau
894 in unserem Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung
895 deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik. Wir
896 gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür,
897 dass sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer

898 Verantwortung stärker stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein
899 als Staaten – es gilt das Primat der demokratischen Politik zu behaupten. Hohe
900 Einkommen und Vermögen sollen mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens
901 beitragen, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind
902 zufriedenere Gesellschaften.

903 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als
904 Europäer*innen können wir mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt
905 internationale Standards setzen und Innovationen vorantreiben. Solange es
906 Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des europäischen Marktes
907 und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für eine
908 gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot
909 des internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit
910 nachhaltiges Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir
911 gemeinsam in Klimaschutz, Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin
912 bereit ein Green New Deal. In einer Bundesregierung werden wir alles dafür tun,
913 dass die Europäische Union der erste CO2-freie Wirtschaftsraum wird. Mit all
914 diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
915 Industriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten
916 Arbeitsplätzen bleiben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa
917 entwickelt und marktfähig werden, dass zukunftsfähige neue Jobs im Handwerk,
918 bei Start-ups und in der Dienstleistungsbranche entstehen – in traditionsreichen
919 und innovativen Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und
920 mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa auch bei
921 neuen Technologien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere
922 Batterien, Quantencomputer, Künstliche Intelligenz oder moderne
923 Biotechnologie. Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir
924 eine Richtung auf und bieten zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So
925 machen wir aus der Marke „Made in Germany“ ein Gütesiegel für zukunftsfähige
926 Industrie in einem klimaneutralen Europa.

927 Klimaschutztechnologien made in Germany

928 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made
929 in Germany soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für
930 nachhaltige und innovative Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und
931 Klimaneutralität müssen Staat und Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen.
932 Während der Staat mehr öffentliche Investitionen realisiert, wollen wir
933 zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen. Dafür
934 erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen
935 sollen zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben
936 werden können. Die steuerliche Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir.
937 Öffentliche Investitionszuschüsse sollen gerade bei neuen Technologien eine
938 Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte Planungssicherheit für
939 langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

940 Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien

941 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent
942 des deutschen CO2-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute
943 Arbeitsplätze und sind ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese
944 Industrien zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse
945 machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten Einsatz grüner Technologien „made

946 in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen wir die Klimakrise und
947 tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit Inves-
948 titionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die
949 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung
950 treiben wir die Dekarboni- sierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon
951 Contract for Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und
952 den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, sorgen für
953 Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe
954 schaffen wir Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. In der Chemieindustrie wollen
955 wir die Trans- formation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen
956 voranbringen.

957 Automobilindustrie im Aufbruch

958 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der
959 Wettbewerb um das emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des
960 Stillstands hat sich auch die Branche in Deutschland endlich auf den Weg
961 gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und Zusammenarbeit, damit unsere
962 Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar ist: Der fossile
963 Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie
964 Au- tos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern
965 einen schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung
966 des Markthochlaufs von emis- sionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben
967 Deutschland und Europa den Anschluss bei der Bat- teriezellenproduktion und
968 damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei den Batterien der nächsten
969 Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht wiederholen. Wir
970 wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen Batteriezellenproduktion
971 machen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und
972 Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben
973 bei den Ökostandards und ein umfas- sendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir
974 wollen zudem die besonders betroffenen Auto- regionen mit regionalen
975 Transformationsdialogen und -fonds unterstützen.

976 Europäische Halbleiterindustrie stärken

977 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren,
978 wenn auch gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige
979 sektorale Strukturförderung, wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der
980 Batteriezellfertigung oder Förderung der Halbleiterindustrie, ist eine
981 europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische Abhängig- keiten zu
982 verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie wie von
983 der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion
984 ausgebaut werden. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der
985 Halbleitertechnologie für industrielle Anwendungen bereits eine starke
986 europäische Stellung haben oder in denen eine besonders dynamische zukünftige
987 Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen Investitionen entlang der Halbleiter-
988 Wertschöpfungskette erhöht werden.

989 Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen

990 Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten

991 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um
992 die Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst

993 Gesetzesvor- schläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine
 994 gestärkte Wettbewerbsfä- higkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer
 995 dekarbonisierten europäischen Wirt- schaft. Wir setzen uns für eine
 996 ambitionierte Ausgestaltung und eine ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein.
 997 Wir machen weiter Druck, damit die ökologische Wende dazu beiträgt, Ungleichheit
 998 zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die Reform
 999 der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal
 1000 gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und Artenschutz
 1001 entfalten. In der Handels- politik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von
 1002 zukünftigen Handelsverträgen rechtsverbind- lich und sanktionierbar machen.

1003 Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht

1004 Bundeshaushalt wird zukunftstauglich

1005 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger
 1006 wird er, wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch
 1007 subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden
 1008 Euro klimaschädliches Verhal- ten, zum Beispiel mit der Subvention für Diesel
 1009 oder schwere Dienstwagen. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und
 1010 den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so
 1011 über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die Finan- zierung von
 1012 Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes
 1013 streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung
 1014 dieser nach- haltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-
 1015 Budgeting erreichen wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von
 1016 Gleichstellungsaspekten bei finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Das
 1017 macht den Haushalt gerechter.

1018 Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen

1019 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen.
 1020 Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist
 1021 hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen
 1022 verfallen und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern
 1023 der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in
 1024 den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die
 1025 Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden
 1026 Investitio- nen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den
 1027 derzeitigen strikten Regelun- gen; bei Investitionen, die neues öffentliches
 1028 Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir
 1029 öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher
 1030 Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.
 1031 Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sicherstellt,
 1032 dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen. Die
 1033 kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr
 1034 gleich.

1035 INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

1036 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die
 1037 Klimakrise, Hunger, Mig- ration und die sozial-ökologische Transformation als
 1038 besondere Aufgabe. Wir können sie nur ge- meinsam meistern. Jahrelang hat
 1039 Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert, oft gezögert, ist

1040 abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive Außenpolitik zu betreiben und als
1041 ge- staltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden,
1042 einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang
1043 einer verlässlichen deutsch-französi- schen Zusammenarbeit, transatlantisch und
1044 im Rahmen der Vereinten Nationen.

1045 Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das
1046 Pariser Kli- maabkommen und die rechtebasierte internationale Ordnung setzen wir
1047 uns für eine globale Strukturpolitik ein, die den Schutz öffentlicher Güter,
1048 eine gerechte Ressourcenverteilung sowie Entwicklungschancen für alle als beste
1049 Vorsorge gegen Konflikte, Gewalt oder das unermessliche Leid von Flucht und
1050 Vertreibung begreift.

1051 Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte und handlungsfähige Europäische
1052 Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und
1053 nach außen beherzt vertre- ten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und
1054 Rechtsstaatlichkeit. Die EU als Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine
1055 lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen und Feindseligkeiten auf unserem
1056 Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem ein
1057 Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und
1058 einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir
1059 für ihre stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische
1060 Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab-
1061 und ihre strategische Souveränität ausbaut – in einem Gleichgewicht von
1062 Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. Nur eine
1063 handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur und
1064 öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen
1065 Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU
1066 wirtschaftlich erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die
1067 globale Transforma- tion gerecht zu gestalten und ambitionierte Standards zu
1068 setzen.

1069 Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns
1070 bewusst. Das autori- täre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das
1071 Menschen- und Bürger*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht
1072 nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa.
1073 Zugleich wird eine globale sozial-ökologische Transformation ohne China, auch
1074 ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich sein. Das allein zeigt: Der
1075 Systemwett- bewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist real, lässt
1076 bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart
1077 beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Allein- gangs zum Scheitern verurteilt
1078 wäre.

1079 Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und
1080 sicherheitspoliti- schen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von
1081 Menschenrechten, Demokratie und das kla- re Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen
1082 führen an die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser
1083 Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler ist europäische Ko- härenz und
1084 sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber gerade auch Regionen
1085 und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteuren, für die der Wert
1086 von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler
1087 Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir selbstbewusst mitgestalten.
1088 Souverän sind wir nur gemeinsam.

1089 Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte
1090 marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf
1091 Konfliktprävention und regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten
1092 Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht
1093 des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen
1094 die Hand, die daran teilhaben wollen. All das tun wir im Wissen um Deutschlands
1095 Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des
1096 Nationalsozialismus.

1097 Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu
1098 den Haupt- verursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player
1099 einer Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet,
1100 sondern auch zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung
1101 verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung und entschiedenes
1102 Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns selbst an.

1103 Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte
1104 nicht nur von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind
1105 völkerrechtliche Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertgeleiteten
1106 internationalen Politik. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten
1107 geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild
1108 unseres Engagements – auch in der europäischen Flüchtlingspolitik. Sie ist das
1109 große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern die europäischen
1110 Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen von Moral, Menschenrechten und
1111 internationalem Recht. Das Versagen ist zugleich global: Nirgends auf der Welt
1112 wird Flucht angemessen und nach klaren, menschenrechtsbasierten Prinzipien
1113 begegnet. Diese Regeln aber gibt es, ebenso wie es immer wieder Momente in
1114 unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier wollen wir an-
1115 knüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition
1116 der Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur
1117 konsequenten Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen
1118 Umgang mit Geflüchteten vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und
1119 Handlungswillen, auf Humanität und Verantwortung – und auf den unerlässlichen
1120 Pragmatismus der Nothilfe.

1121 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns
1122 liegen, sollte Messlatte unseres außenpolitischen Handelns sein. Die globalen
1123 Aufgaben sind erheblich. Wegen wir die entsprechenden Antworten.

1124 Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran

1125 Schubkraft für globale Transformation

1126 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt
1127 menschliche Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall
1128 auf der Welt. Die Zeit drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen
1129 energischen Schub für eine sozial-ökologische Transformation. Die nachhaltigen
1130 Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des Klimaabkommens von Paris waren ein
1131 Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich zu Hause anzufangen
1132 und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich sind es
1133 unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder
1134 Rüstungsexporten, die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale
1135 Gerechtigkeit auswirken. Wir wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die
1136 Transformation ausrichten und einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV

1137 einführen. Es gilt unsere internationalen Zusagen einzuhalten und die
1138 öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-Quote
1139 sowie der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen. Auch
1140 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische
1141 Transformation bringen, indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote
1142 hinwirken. Wir bündeln die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit,
1143 internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um eine
1144 globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen
1145 und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-
1146 Quote erfüllen und bis 2025 8 Milliarden Euro zur internationalen
1147 Klimafinanzierung bereitstellen.

1148 Klimaaußenpolitik

1149 Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme
1150 Klimaaußenpolitik. Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige
1151 Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern.
1152 Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und
1153 die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum einen, dass wir
1154 Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften
1155 decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden
1156 wir so endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir
1157 Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen
1158 Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen
1159 Ländern unterstützen. Nur so können wir es schaffen, global auf den 1,5-Grad-
1160 Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für Klimaanpassung und
1161 Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass es auch
1162 einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt.
1163 Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden.
1164 Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu
1165 Transformationsbanken umgebaut werden.

1166 Klima- und Umweltschutz schützt Menschenrechte

1167 Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz,
1168 umgekehrt schützt Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für
1169 verbindliche Mechanismen zum Schutz von Menschen ein, die aufgrund von
1170 Extremwetterereignissen oder schleichender Umweltveränderung ihre Heimat
1171 verlassen müssen. Regionale Ansätze, die den Betroffenen eine selbstbestimmte
1172 und würdevolle Migration ermöglichen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir jene
1173 Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung
1174 beigetragen haben. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell
1175 stärken und setzen uns dafür ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden
1176 wie der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration sowie
1177 der Globale Pakt für Flüchtlinge. Initiativen zur Stärkung des Rechtswegs und
1178 das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die französische Initiative,
1179 das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen wir auf und
1180 machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt
1181 in einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen.

Begründung

Text für ÄA durch BAG Energie